

Der Infarkt österreichischer Politik

Helmut Kramer

Fassungslos erlebte die Öffentlichkeit in den letzten Monaten den Infarkt der österreichischen Politik. Das politische System Österreichs erwies sich in einem Maß - und in einem so erbärmlichen Stil - den Aufgaben nicht gewachsen, das selbst Kenner der Szene überraschte.

Akute Nöte der Regierenden sind derzeit freilich keine österreichische Besonderheit. Auch in Deutschland murkst die große Koalition an ganz ähnlichen Aufgaben. In Großbritannien steht eine Labour-Regierung auf verlorenem Posten. Italien warf sich nach dem Debakel von Mitte-Links ratlos abermals Berlusconi in die Arme.

Das Ungenügen der Politik hat tiefere Ursachen. Die Aufgaben der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – materieller Fortschritt, faire Einkommensverteilung, europäischer Frieden – warn weitgehend gelöst. Die Deutungen und Programme der traditionellen politischen Kräfte haben sich verbraucht oder sind, angesichts neuer Aufgaben, eklatant ungenügend.

Neue Herausforderungen - intensive globale Verflechtung, Weltklima, demographische Alterung, Islamismus, neue Werte für die „westliche“ Konsumgesellschaft – liegen jenseits der alten Ideologien. „Grand narratives“, die der Bevölkerung plausibel wären, sind kaum in Ansätzen erkennbar. Die Bevölkerung wäre mit dem Status quo zufrieden, doch ahnt sie trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Politiker, dass das neue Jahrhundert auch neue Antworten verlangt, die unbequeme Veränderungen bedeuten werden.

Bei aller Komplexität und Neuheit der Fragen, die sich stellen, gibt aber sehr zu denken, mit welchem Grad an Unprofessionalität die österreichische Politik an ihren Aufgaben scheitert. Auch wenn der internationale state-of-the-art gleichfalls nicht immer überzeugt, so böte er wenigstens Ansatzpunkte, Denk- und Suchprozesse für bessere Lösungen.

Verglichen mit professionelleren Beispielen wirken die Hervorbringungen österreichischer Politikmacher oft kläglich, handwerklich schleißig, mangelhaft überlegt, noch schlimmer: ideenlos und von strategischen Perspektiven unbelastet. Wenn sich in die politische Arbeit dennoch da und dort zeitgemäße Organisationsformen einnisteten, so geschah das regelmäßig auf Veranlassung „Brüssels“, das für legislative wie administrative Entscheidungen sachliche Argumentation, begleitendes Monitoring und nachträgliche Evaluierung verlangt.

Die Mängel an Professionalität des österreichischen politischen Systems haben verschiedene Facetten: ungenügende fachliche Kompetenz von Politikern und sonstigen Entscheidungsträgern; Mängel der Koordination zwischen autonomen öffentlichen Diensten. Noch weit gravierender: Fehlen einer sachlichen Öffentlichkeitspolitik und ebenso Fehlen von Plattformen, die geeignet wären, die großen Fragen, die sich unserem Land stellen, fachlich, politisch und wissenschaftlich ausreichend zu erörtern und einen nationalen Grundkonsens zu suchen. Und schließlich: das prekäre und von beiderseitigen Missverständnissen geprägte Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.

In Österreich gilt jemand als politischer „Profi“, der nie etwas anderes als Politik gemacht hat. Aber Politiker, die nicht eine persönliche Affinität zu ihren Aufgaben mitbringen, sind „der

Bürokratie“ fast hilflos ausgeliefert. Die Landwirtschaftsminister sind politische Schwergewichte, weil sie in aller Regel schon auf Grund ihrer Ausbildung an der „Bodenkultur“ (und ihrer familiären Herkunft) wissen, wovon sie sprechen.

Warum führt die Verwaltungsakademie ein Schattendasein? Warum verfügt das Land nicht über eine ENA, über eine National School of Government oder eine Verwaltungshochschule Speyer? Warum wurde vor vielen Jahren das Studium der Staatswissenschaften abgeschafft, ohne es durch ein besseres zu setzen? Damit wurde das traditionelle Juristenmonopol noch gefestigt. Warum setzt sich die moderne Verwaltungswissenschaft an österreichischen Universitäten so schwer durch? Generationen von Juristen kamen vom Studium in die öffentlichen Dienste, denen eingepflichtet worden war, die Gesetze zu vollziehen und Rechtspolitik „dem Gesetzgeber“ zu überlassen. Entsprechend unbeholfen, sprachlich und leider auch fachlich mangelhaft sind viele Gesetze formuliert.

Die Interpretation der Ministerverantwortung macht interministerielle Koordination und ressortübergreifende Strategien mühsam. In Dänemark geht jede neue Regierung mit allen Generaldirektoren (Sektionschefs) in Klausur, um die Konsequenzen der Regierungserklärung zu erörtern. Warum nicht auch bei uns? Warum gibt es bei uns keine Enquete-Kommissionen nach deutschem Vorbild?

Die Mängel der Öffentlichkeitsarbeit lassen gefährliche Informationslücken offen, die - nicht verwunderlich - umgehend vom Boulevard besetzt werden. Das Fehlen fachlicher Plattformen für die eingehende Diskussion von Zukunftsfragen wird durch die Schüssel'schen Gipfel (Umwelt-, Energie-, Forschungs-, Migrations- etc.) mitnichten behoben, weil die PR die Presseaussendung ohnehin schon vorher verteilt hat. Jedenfalls vermögen sie die fachliche Expertise des Landes nicht zu mobilisieren.

Missverständnisse und Enttäuschung auf beiden Seiten kennzeichnen in Österreich das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft. Vielfach ist keine der beiden bereit, sich in die Rahmenbedingungen und in die Maximen der jeweils anderen Seite hineinzudenken. Das ließe sich lernen. Wissenschaft muss nicht als PR-Instrument behandelt werden. Und umgekehrt: Beiträge zu politischen Entscheidungen sollten für Wissenschaftler den gleichen Stellenwert haben wie die Statistik der Zitate und Impact-Faktoren. Die Themen Abgehobenheit, Eitelkeit und Herablassung sparen wir hier einmal ganz aus.

Mehr Professionalität in der Politik löst die anstehenden Probleme nicht von selbst, aber sie würde Lösungen rationaler und wohl auch leichter machen.

Prof. Helmut Kramer, wirtschaftspolitischer Konsulent, 1981 – 2005 Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 2005 - 2007 Rektor der Donau-Universität Krems.